



UNSERE THEMEN

Demokratie und Partizipation

Beteiligung der Jugend

Frauen in der Politik

## Wer mischt sich ein?

Demokratie ist die Grundlage für das politische System in Österreich. Doch Demokratie ist mehr als Mehrheitsentscheid. Und manchmal entscheidet auch nicht einmal die Mehrheit.

**ÖSTERREICH BESETZT IN DIESEN WOCHE** DAS PRÄSIDENTENAMT NEU. Dies geschieht in einer Wahl, bei der die über 16 Jahre alten StaatsbürgerInnen aus ursprünglich sechs KandidatInnen das künftige Staatsoberhaupt auswählen können. Das allgemeine, unmittelbare, gleiche, freie und geheime Wahlrecht ist ein Grundelement der Demokratie. Aber nicht das einzige. Auch in nicht-demokratischen Systemen gibt es Wahlen. Auch wenn die Bevölkerung eigentlich keine Wahl hat, werden formell Wahlen abgehalten, stellen diese doch eine wichtige Legitimation von Regierungen oder Entscheidungen dar. Neben Wahlen braucht Demokratie auch Rahmenbedingungen wie Grund- und Menschenrechte, Gewaltenteilung, einen Rechtsstaat und Ähnliches.

Der Politologe David Campell geht in seiner Bewertung der weltweiten Demokratien über den klassischen Katalog politischer und Freiheitsrechte noch hinaus. Diesem Ranking liegen – wenn auch weniger gewichtet als Pressefreiheit, friedliche Regierungswechsel und das Fehlen von Korruption – ebenso ökologische, ökonomische und soziale Kriterien zugrunde.

Im Global Democracy Ranking, in der die Qualität der Demokratie in 113 Ländern bewertet und verglichen wird, liegt Österreich derzeit auf dem elften Platz (die Topplätze machen regelmäßig die Skandinavier und Schweizer unter sich aus). Bei Gesundheit und Wirtschaft schneidet Österreich dabei sehr gut ab, bei Bildung und politischen Rechten recht gut. Bei der

Gleichstellung der Geschlechter gibt es wohl noch Verbesserungspotenzial und bei der Umwelt liegt Österreich (wie die meisten Industrieländer) weniger gut.

Demokratie heißt, sich in die eigenen Angelegenheiten einzumischen. Dieser bekannte Kalenderspruch stammt vom Schriftsteller Max Frisch. Doch nicht jeder und jede, die in Österreich lebt, darf mitbestimmen. Aktiv wahlberechtigt für die Teilnahme an sämtlichen Wahlen ist eine Österreicherin oder ein Österreicher, wenn sie oder er das 16. Lebensjahr vollendet hat. Kinder haben also noch keine Stimme. Auch Menschen, die nicht die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, sind bei Wahlen Gemeinderatswahlen bzw. in Wien bei Bezirksvertretungswahlen sowie bei Europawahlen stimmberechtigt).

### Wer entscheidet?

6,382.486 ÖsterreicherInnen über 16 waren am 24. April wahlberechtigt. Nicht wahlberechtigt waren die etwa 1,1 Millionen in Österreich lebenden ausländischen Staatsangehörigen und die rund 1,1 Millionen Personen unter 16 Jahren. Doch auch nicht alle, die ihre Stimme abgeben dürfen, nahmen an der Wahl teil. Die Wahlbeteiligung geht seit 1945 tendenziell zurück. 31,5 Prozent der Wahlberechtigten gaben bei der ersten Runde der Bundespräsidentenwahl keine Stimme ab – entweder, weil sie ihre Stimme als nicht wahlentscheidend ansahen, aus Desinter-

esse, Protest oder aufgrund einer Verhinderung. Der Nichtwähler oder die Nichtwählerin ist kein klar fassbarer Typ. Dennoch legen Untersuchungen der deutschen Bertelsmann Stiftung nahe, dass bestimmte soziale oder ökonomische Gruppen weniger häufig an Wahlen teilnehmen als andere. Kurz: Je prekärer die Lebensverhältnisse, desto weniger Menschen gehen wählen. Daraus leiten die Autoren den Schluss ab, dass die soziale Ungleichheit der Wahlbeteiligung steigt und das Wahlergebnis der deutschen Bundestagswahl 2013 sozial nicht mehr repräsentativ ist.

Partizipation beschränkt sich nicht nur auf das Wählen von VertreterInnen. Viele sehen die direkte Demokratie als die „bessere, weil demokratischere“ Beteiligung. Einerseits besteht bei Volksbefragungen oder Volksabstimmungen die Möglichkeit, direkt über eine konkrete Frage zu entscheiden. Andererseits kann bei Ja-Nein-Abstimmungen kein Kompromiss ausgehandelt werden. Gerade bei geringer Beteiligung und knappen Ergebnissen kann dies auch problematisch sein.

Kompromisse und das Abwägen von Standpunkten sind Charakteristika demokratischer Aushandlungsprozesse. Genau dies vermittelt manchmal den Eindruck, dass sich nichts bewegt und Entscheidungen lange dauern. Der ehemalige deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt brachte das mit der Aussage auf den Punkt: „Das Schneckentempo ist das normale Tempo jeder Demokratie.“ Und doch wirkt der vermeintliche Stillstand als Hauptgrund für das (partei-)politische Desinteresse.

Gesellschaftliche Beteiligungsformen gehen weit über das klassische politische Feld hinaus. Demokratie – so der Anspruch – sollte in vielen gesellschaftlichen Bereichen wirken: Familie, Schule, Hauseigentümergeinschaften, Genossenschaften oder Vereinen. Gerade in diesen Bereichen wird deutlich, dass es nicht nur um eine Abstimmung geht, sondern um einen Diskussionsprozess und die Einigung auf eine für möglichst alle Beteiligten gute oder zumindest akzeptable Lösung.

### FAKTEN

GERINGSTE WAHLBETEILIGUNG IN Ö BEI BUNDESPRÄSIDENTEN-WAHLEN SEIT 1945:

**53,6 %** (2010)

HÖCHSTE WAHLBETEILIGUNG IN Ö BEI BUNDESPRÄSIDENTEN-WAHLEN SEIT 1945:

**97,2 %** (1957)

DURCHSCHNITTSALTER DER WAHLBERECHTIGTEN IN ÖSTERREICH:

**49 JAHRE**

WAHLBETEILIGUNG BEI SCHWEIZER NATIONALRATSWAHL 2011:

**48,5 %**

ANTEIL DER WAHLBERECHTIGTEN, DIE ZWENTENDORF ABLEHNTEN:

**31,61 %** (BETEILIGUNG 62,6 %, NEIN-STIMMEN 50,5 %)

# Wählen mit 16 – weder Rettung noch Untergang der Demokratie

Mit dem bekannten politischen Analytiker Peter Filzmaier sprach denk.stoff über das politische Interesse der Jugend, das Versagen der Parteien in moderner Kommunikation und warum sich die Politik vor allem um die Anliegen der Alten kümmert.



Ist die heutige Jugend in Österreich an Politik interessiert?

**PETER FILZMAIER:** Ja, allerdings nicht an Parteipolitik. An gesellschaftspolitischen Themen sind Junge genauso stark interessiert oder desinteressiert wie andere Altersgruppen auch. Bei Teenagern beobachten wir sogar ein überdurchschnittliches Interesse. Die politische Bildung in der Schule funktioniert also. Schwierig sind hingegen die Twens. Diese Gruppe ist aufgrund aktueller persönlicher Veränderungen in diesem Alter – neuer Wohnort, Berufseinstieg, Abschluss des Studiums etc. – politisch weniger interessiert als die Jüngeren.

Wird die Jugend von der Politik berücksichtigt?

**PETER FILZMAIER:** Zu wenig. Das ist aus rechnerischen Gründen nachvollziehbar. Weniger als ein Fünftel der Wahlberechtigten in Österreich ist unter 30 Jahre alt, aber fast die Hälfte ist über 50. Demographisch haben wir keine Bevölkerungspyramide mehr. Die Altersverteilung entspricht vielmehr einem Pilz. Das ist für Wahlen, aber auch für die Interessenpolitik von Bedeutung. Bei der Volksbefragung über die Wehrpflicht hat sich das gezeigt. Mit ihrem Stimmverhalten haben jene entschieden, die von einer Abschaffung oder Beibehaltung der Wehrpflicht nicht mehr direkt betroffen sind. Das Durchschnittsalter der Wähler nähert sich 50 Jahren.

Was hat das Herabsetzen des Wahlalters auf 16 bewirkt?

**PETER FILZMAIER:** Dazu gibt es allererste Langzeitstudien. 2008 durften erstmals 16-Jährige wählen. Sie sind heute 24. Der vorsichtige Trend zeigt, dass sich das politische Interesse erhöht hat. Wählen mit 16 ist in erster Linie ein Symbol, aber ein wichtiges Symbol. Es ist weder Rettung noch Untergang einer Demokratie. Ein Land ist nicht mehr oder weniger demokratisch, weil man dort ab 16 oder erst ab 18 wählen darf.

Wählen mit 16 war aber ein wichtiger Anstoß für die politische Bildungsarbeit. Vieles von dem, was heute gut läuft, wäre ohne Herabsetzen des Wahlalters womöglich nicht passiert. In vielen Schulfächern wird dies nun verstärkt berücksichtigt und die Einführung des Pflichtmoduls „Politische Bildung“ ab der sechsten Schulstufe mit dem kommenden Schuljahr sind wichtige indirekte Wirkungen von Wählen mit 16.

Beteiligen sich junge Menschen anders als Ältere?

**PETER FILZMAIER:** Junge beteiligen sich. Aber Beteiligung verändert sich und sieht heute anders aus als früher. Junge Menschen binden sich nicht ein Leben lang – nicht an Parteien, nicht an Vereine. Sie sind eine Zeit lang dabei und engagieren sich, machen dann aber wieder etwas anderes. Davon sind Parteien genauso betroffen wie andere Organisationen.

Parteien haben auf diese Veränderungen später reagiert als andere Organisationen. Ein Grund dafür ist wohl auch, dass – wie angesprochen – alte Wählergruppen zahlenmäßig attraktiver sind.

Heute braucht es für die politische Kommunikation eine Mischung aus neuen Medien und kurzfristigen, spontanen Treffen, damit meine ich jetzt nicht Flashmobs, aber etwas, das in Verbindung mit der Lebenswelt der jungen Menschen steht. Die treffen sich nicht jeden Montag um 19 Uhr. Aber der direkte, persönliche Austausch ist von Zeit zu Zeit auch wichtig.

Wie beurteilen Sie die politische Bildung in Österreich?

**PETER FILZMAIER:** Im Vergleich zu früher haben die Bemühungen zur Demokratieerziehung in den Schulen zugenommen. Bei der Erwachsenenbildung rangiert das Angebot an politischer Bildung aber immer noch – vom Umfang her, nicht in Sachen Qualität – im Bereich von Esoterikseminaren oder Kochkursen. Es gibt kein klares System, im Gegensatz zum Schulbereich. Die Teenager werden in den Schulen erreicht. Aber die Twens – und die sind wie gesagt eine Problemgruppe – sind mit dem System nicht mehr erreichbar. Hier brauche ich die Erwachsenenbildung.

Wichtig wäre, Junge und Ältere gemeinsam an einen Tisch zu bringen. Ich werde zu vielen Veranstaltungen eingeladen. Aber entweder sind nur Unter-30-Jährige anwesend oder nur

Über-50-Jährige. Wir bräuchten viel mehr Veranstaltungen, bei denen ein Generationendialog stattfindet. Hier sind die offene Jugendarbeit, die Erwachsenenarbeit, alle Parteien und die Sozialpartner gefordert.



»Die Volksbefragung zur Wehrpflicht haben jene entschieden, die nicht mehr betroffen sind. Das Durchschnittsalter der Wähler nähert sich 50 Jahren.«

Peter Filzmaier ist Universitätsprofessor für Demokratiestudien und Politikforschung an der Donau-Universität Krems und für Politische Kommunikation an der Karl Franzens-Universität Graz.



Das vollständige Interview finden Sie auf [www.oekosozial.at](http://www.oekosozial.at)

## Wenn der Pöbel entscheidet

Politische Erfolge von Populisten nähren die Skepsis gegenüber demokratischen Verfahren. Doch auch Experten liegen manchmal daneben.

**DERZEIT PÖBELT SICH DER 69-JÄHRIGE MILLIARDÄR** Donald Trump durch die US-amerikanischen Vorwahlen. Er fordert ein Einreiseverbot für Muslime, will einen Grenzwall zu Mexiko bauen und beleidigt Frauen mit sexistischen Aussagen. Political Correctness kann man ihm nicht vorwerfen. Trump stellt sich als „Macher“ außerhalb des politischen Establishments dar.

Experten charakterisieren den typischen Trump-Sympathisanten so: weiß, männlich, Globalisierungs-Verlierer bzw. fürchtet Verluste. Ähnliche Charakteristika weisen auch die Wähler der AfD auf. Bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt konnte Parteichefin Frauke Petry mit der Forderung, als Ultima Ratio auf Flüchtlinge zu schießen, rund ein Viertel der gültigen Stimmen erreichen.

Trump und die AfD sind das, was man gemeinhin unter „populistisch“ versteht. Der Begriff

kommt vom lateinischen Populus, das Volk. Schon im alten Griechenland formulierte Platon Skepsis gegenüber der Herrschaft des „Pöbels“, die als Konsequenz der Demokratie drohe. Seine Alternative: Entscheidungen sollten besser von Philosophenkönigen getroffen werden – von einer kleinen politischen Elite.

Trotz aller Bekenntnisse zu Demokratie hadern auch einige Bildungsbürger hierzulande mit vermeintlich „fälschen“ Entscheidungen des Volkes bzw. damit, dass sich PolitikerInnen an die öffentliche Meinung „anbiedern“. Expertenentscheidungen scheinen manchen dann die bessere Variante.

Doch auch Experten können irren. So meinte etwa der langjährige Chef der US-Notenbank Fed, Alan Greenspan, im Dezember 2000: „Sollten sich die Erwartungen erfüllen, sieht es gut aus für eine weitere Verbesserung der Kapitalausstattung und dauerhaftes Wachstum.“ Kurz

darauf platzte die Dotcom-Blase und zahlreiche Unternehmen schossen astronomische Summen in den Wind. Ein anderes Beispiel: 1943 soll der ehemalige Chef von IBM, Thomas Watson, gemeint haben, dass es einen Weltmarkt für vielleicht fünf Computer gäbe.

2005 veröffentlichte der US-Autor James Surowiecki das Buch „Die Weisheit der Vielen“, in dem er aufzeigt, dass Gruppen bessere Entscheidungen treffen als einzelne. So führt er u. a. ein historisches Beispiel an, bei der die Besucher eines Jahrmärkts aufgefordert wurden, das Gewicht eines Bullen zu schätzen. Der Mittelwert der Schätzungen – die einzeln sehr stark auseinanderklafften – lag verblüffend nah am tatsächlichen Gewicht.

Letztlich hatte wohl der legendäre britische Premierminister Winston Churchill recht, als er meinte, dass die Demokratie die schlechteste Regierungsform sei, „mit Ausnahme all der anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert wurden.“

### 3 FRAGEN AN ...



**VEIT DENGLER**

CEO der NZZ-Mediengruppe

### 1. Wie viel Macht haben Medien in einer Demokratie?

Medien müssen Missstände benennen und Machtmissbrauch aufdecken. Ihre eigene Macht liegt dabei in ihrer Unabhängigkeit begründet. Die so verstandene Macht der Medien ist allerdings in Gefahr, wenn Medien unter wirtschaftlichem Druck zunehmend bereit sind, diese Unabhängigkeit preiszugeben.

### 2. Es heißt: only bad news are good news. Schüren Medien Unzufriedenheit?

Ein guter Journalist hat den Mut, unangenehme Wahrheiten auszusprechen. Er sagt die Wahrheit aber auch dann, wenn sie angenehm ist. Guter Journalismus ist getrieben von der aufrichtigen Suche nach Erkenntnisgewinn. Solcher Journalismus sollte uns nicht unzufrieden machen, sondern gescheit. Wir brauchen verlässliche Informationen, um uns eine informierte Meinung zu bilden.

### 3. Wie frei sind Medien angesichts wirtschaftlicher Notwendigkeiten?

Der zunehmende Spardruck veranlasst manche Medienhäuser, ihre Redaktionen so stark auszudünnen, dass sie Sachverhalte kaum mehr gründlich recherchieren können. Gleichzeitig erhöht der wirtschaftliche Druck die Bereitschaft, gegenüber Werbekunden Kompromisse einzugehen. So verlieren Medien ihre Glaubwürdigkeit und letztlich ihre Daseinsberechtigung. Ich würde nach wie vor sagen, dass der Großteil unabhängig berichtet. Aber wir können nicht mehr davon ausgehen, dass dies selbstverständlich ist.

### DISKUSSIONS.STOFF

## Die Politik ist nicht weiblich

Auch wenn Frauen die Hälfte der Bevölkerung stellen, sind politische Ämter vorwiegend in Männerhand.

**IN DER WIEGE UNSERER DEMOKRATIE**, im antiken Griechenland, kam man(n) ohne die politische Beteiligung von Frauen aus (im Übrigen auch ohne die Beteiligung von Sklaven oder allen, die nicht für den Kriegsdienst zur Verfügung standen). Aber auch heute noch sind Frauen in der Politik unterrepräsentiert.

1918 erhielten die Österreicherinnen das allgemeine Wahlrecht, elf Jahre später als ihre Landsmänner. Als die Konstituierende Nationalversammlung 1919 zu ihrer ersten Sitzung zusammentrat, waren von den 159 Abgeordneten acht Frauen im Parlament vertreten, was einem Anteil von fünf Prozent entspricht. Bis Mitte der 1970er-Jahre kam der Frauenanteil im Parlament über sieben Prozent nicht hinaus.

Hälfte der WählerInnen, Drittel der Abgeordneten

Obwohl heute 51,7 Prozent der Wahlberechtigten weiblich sind, werden sie politisch nach wie vor zum überwiegenden Teil von Männern vertreten. Derzeit sind von den 183 Abgeordneten zum Nationalrat 56 Frauen (30,6 %) – wobei SPÖ, Grüne und Team Stronach über dem Schnitt liegen, ÖVP, FPÖ und NEOS (als Schlusslicht) darunter. Weltweit den höchsten Frauenanteil in einem Parlament weist Ruanda auf, Österreich liegt in dieser Wertung auf Platz 44, hinter Trinidad und Tobago und vor dem Sudan. Die Schweiz, wo das Frauenstimmrecht national 1971 bzw. auf flächendeckend kantonaler Ebene 1990 eingeführt wurde, rangiert in der Rangliste der Interparlamentarischen Union auf Platz 36. In der österreichischen Bundesregierung arbeiten derzeit 14 MinisterInnen (Frauenanteil 21 %). Bundeskanzlerin gab es in Österreich bisher noch keine.



In den Bundesländern sieht die geschlechtsspezifische Ämterteilung ähnlich aus. Auf den neun Landeshauptleute-Sesseln sitzt aktuell keine Frau. Bisher gab es zumindest in der Steiermark und in Salzburg eine Frau Landeshauptmann bzw. eine Landeshauptfrau. In den Landesregierungen liegt der Anteil der Landesrätinnen bei 30 Prozent, wobei Tirol, Niederösterreich und Wien die Spitzenplätze einnehmen. Auf kommunaler Ebene ist der Frauenanteil am geringsten: Weniger als sechs Prozent der österreichischen Gemeinden werden von einer Bürgermeisterin geführt. Nur auf europäischer Ebene ticken die Uhren anders: Die 18 österreichischen Abgeordneten im Europaparlament sind zur Hälfte Frauen.

Quoten unerwünscht

Laut einer Umfrage des Linzer Market Instituts vom Herbst 2014 lehnen 53 Prozent der weiblichen und männlichen Befragten verbindliche Frauenquoten im Parlament ab (im Vergleich zu 40 Prozent BefürworterInnen). Am höchsten ist der Widerstand bei jungen Männern: 21 % von ihnen stimmen dieser These voll und ganz, 23 % überwiegend zu, dass „die Frauenförderung bereits viel zu weit gegangen ist“. Aber nachdem in den vergangenen hundert Jahren der Frauenanteil von null auf 30 Prozent auch ohne Quote gesteigert werden konnte, sollte bei gleichbleibendem Tempo halbe-halbe bereits in etwa 67 Jahren erreicht sein.

Mit der Verfassungsreform 1929 wurde das aktive Wahlalter in Österreich mit

## 21 JAHREN

festgelegt. Seither wurde es mehrmals gesenkt und liegt heute bei 16 Jahren. Volljährig und damit voll geschäftsfähig sind die ÖsterreicherInnen mit 18 Jahren.

Die Zahl der Arbeitslosen in der EU geht zurück. 2014 waren

## 21 PROZENT

der 20- bis 24-Jährigen ohne Job. In Österreich lag der Wert bei 10 %. In Spanien und Griechenland war über die Hälfte dieser Altersgruppe arbeitslos.

Bei der UN-Klimakonferenz

## COP 21

Ende 2015 einigten sich 196 Staaten darauf, die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius im Vergleich zur vorindustriellen Zeit zu begrenzen. Dazu müssen zwischen 2045 und 2060 die CO<sub>2</sub>-Emissionen auf Null zurückgefahren werden.

Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit nicht-deutscher Umgangssprache betrug im Schuljahr 2013/14 in Österreich

## 21 PROZENT

Ein Drittel der weltweiten Nahrungsmittelproduktion wird nicht konsumiert, sondern weggeworfen. Nahrungsmittel im Müll kosten laut FAO

## 21 BILLIONEN EURO

In sechs EU-Ländern liegt der Normsatz für die Mehrwertsteuer bei

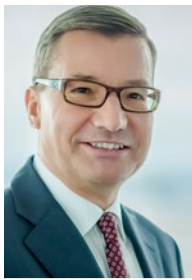
## 21 PROZENT

In zehn Ländern zählt man einen noch höheren Satz (Spitzenreiter ist Ungarn mit 27 %). Die ÖsterreicherInnen zahlen einen vergleichsweise geringeren Satz von 20 %. Nur Luxemburg, Malta, Zypern und Deutschland liegen darunter.

Die Lokale

## AGENDA 21

ist ein Handlungsprogramm, das eine Gemeinde oder Region in Richtung Nachhaltigkeit entwickeln soll. Ein leitendes Motto ist „Global denken – lokal handeln!“



## VORREITER DES CROWDFUNDING

Beteiligungen in der Wirtschaft: Der Generalsekretär des Österreichischen Raiffeisenverbandes Andreas Pangel im Gespräch über eine fehlende unternehmerische Grundstimmung, Kooperation und Genossenschaften als Alternativkonzept zu einer anonymen Globalisierung.

### IN WELCHEM AUSMASS BETEILIGEN SICH DIE ÖSTERREICHERINNEN AN WIRTSCHAFTLICHEN UNTERNEHMUNGEN?

Im internationalen Vergleich eindeutig zu wenig. Bei uns gibt es keine unternehmerische Tradition. Ein Blick auf die Wiener Börse beweist das: Der Kapitalmarkt ist in Österreich unterentwickelt. Hinzu kommt, dass sich in den letzten Jahrzehnten in diesem Land eine negative Grundstimmung gegen das Unternehmertum aufgebaut hat. Das ist offenbar politisch gewollt. Ich plädiere daher für eine Unschuldsumsetzung für UnternehmerInnen. Sie sind es, die unseren Wirtschaftskreislauf am Laufen halten.

### WIE SIEHT DAS BEI GENOSSENSCHAFTEN AUS? SIND SIE NOCH AKTUELL?

Die Grundidee der Genossenschaft ist die Kooperation. Mehrere tun sich zusammen, um ein gemeinsames Projekt umzusetzen. Damit ist die Genossenschaft gewissermaßen ein Vorreiter für viele Crowdfunding-Projekte. Die Kraft des Miteinander, die Kraft der gemeinsamen Idee, die Kraft der Eigenverantwortung, das sind die Werte, für die unsere Raiffeisen-Genossenschaften stehen.

### WARUM ENGAGIEREN SICH DIE MENSCHEN IN GENOSSENSCHAFTEN?

Weil sie ein praktikables Gegenmodell sind zur fortschreitenden Anonymisierung und Globalisierung! Hier erleben Menschen regionale Mitbestimmung, Mitverantwortung, Transparenz, Nachhaltigkeit – und Wertschätzung auf Augenhöhe. 2 Millionen Mitglieder und 16.000 ehrenamtliche FunktionärInnen in 1.500 Raiffeisen-Genossenschaften in Österreich sind der beste Beweis dafür.

### WAS LEISTEN RAIFFEISEN-GENOSSENSCHAFTEN FÜR DIESES LAND?

Wir haben im Vorjahr den ökonomischen Fußabdruck der Raiffeisen Bankengruppe erhoben: So erwirtschaften die österreichischen Raiffeisenbanken eine Bruttowertschöpfung von 2,1 % des BIP, sorgen für einen Beschäftigungseffekt von 53.000 Arbeitsplätzen und leisten mehr als 2 Milliarden Euro an Steuern und Abgaben.

Weitere Informationen zum Thema Genossenschaft – Was genau ist das? Wann und für wen lohnt sich eine Gründung? – Welche rechtlichen und steuerlichen Vorteile bietet diese Organisationsform? – finden sich auf der gemeinsamen Gründer-Plattform der österreichischen Raiffeisen-Revisionsverbände [www.kooperieren.at](http://www.kooperieren.at)

Entgeltliche Einschaltung



## Denkanstoß

Elisabeth Köstinger, Präsidentin des Ökosozialen Forums Europa

IN DEN USA IST ES LADY LIBERTY, in Frankreich Marianne und in Österreich Tyrolia, die als Allegorien für die Freiheit und den Sieg des Volkes gegen feudale Herrschaftssysteme und Tyrannen stehen. Diese Zeiten haben wir längst hinter uns gelassen und uns an eine demokratische Ordnung in Europa gewöhnt – ein Europa, das sich im Acquis Communautaire auf gemeinsame Werte geeinigt hat und diese fortwährend in einem „plébiscite de tous les jours“ weiterentwickelt.

Nach mehr als 70 Jahren werden aber genau diese Grundwerte der europäischen Gesellschaft mehr als nur auf die Probe gestellt.

Nationalismus, der Wunsch nach Führung, Perspektiven- und Arbeitslosigkeit, leere Staatskassen, Globalisierungsfrustration und Terrorismus nagen beständig an ihnen und nähren den Drang nach „einfachen, verständlichen“ Maßnahmen, die sofortige Abhilfe versprechen. Der „starke Mann“ gaukelt den einzig wahren Weg zur Lösung vor.

Doch Demokratie, Freiheit und Solidarität spielen sich im Kopf jedes Einzelnen ab. Daher muss auch jeder und jede Einzelne einen Beitrag dazu leisten, um diese Grundwerte zu bewahren. Demokratie ist kein abstrakter Begriff, sondern vor allem wert, verteidigt zu werden. Mit vielen Dingen verhält es sich so, dass erst wenn sie fehlen, sie auch abgehen. Doch dazu dürfen wir es gar nicht erst kommen lassen.

### LESE . STOFF

#### WER SICH BEWEGT, VERLIERT NICHT. WARUM WIR NUR MIT MUT DIE WELT VERÄNDERN KÖNNEN

Elisabeth Köstinger, Stephan Pernkopf



Wut ist mittlerweile zu einer politischen Kategorie geworden. Der vermeintliche politische Stillstand in unserem Land liefert ausreichend Stoff für Beschimpfungen aller Art. Das Vertrauen in die Politiker sinkt und das Anprangern von Missständen ist zu einem Volkssport geworden. Jammern ist einfach. Es erfordert weder Mut noch Engagement. Jammern wird immer mehr zum vorrangigen Merkmal der österreichischen Seele. Gleichzeitig sinkt die Bereitschaft, sich politisch zu engagieren und so das Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Wozu auch? Resignieren ist ja viel bequemer.

Elisabeth Köstinger, Stephan Pernkopf und ihre MitautorInnen (Christiane Spiel, Heini Staudinger, Veit Dengler, Franz Schellhorn u. a.) zeigen auf, dass es Alternativen zum Jammern gibt. Neben einer punktgenauen Analyse des Status Quo in Wirtschaft, Gesellschaft, Bildung und Pensionen öffnen die Autoren den Blick für Lösungen. Die Wege sind vielleicht nicht immer bequem. Sich zu bewegen erfordert Mut. Aber es zahlt sich aus. Schließlich gibt es noch Generationen nach uns.

GEBUNDEN: 128 Seiten | HERAUSGEBER: Leykam | ISBN: 978-3-7011-7982-4 | PREIS: EUR 19,80  
BESTELLUNG AN [info@oekosozial.at](mailto:info@oekosozial.at) (Lieferung zuzügl. EUR 4,00 Versandkosten)

#### CHEAPONOMICS. WARUM BILLIG ZU TEUER IST

Michael Carolan

„Billig gibt's nicht, irgendwer zahlt immer (drauf)“, war das Motto der diesjährigen Wintertagung des Ökosozialen Forums. Zahlreiche Beispiele dafür liefert der US-amerikanische Soziologe Michael Carolan in seinem Buch „Cheaponomics“. Mit diesem Begriff beschreibt er unser gegenwertiges Wirtschaftssystem, in dem „Kostensozialismus“ (die Kosten der Produktion werden gesellschaftlich sozialisiert) das vorherrschende Prinzip ist.

GEBUNDEN: 304 Seiten | HERAUSGEBER: oekom verlag | ISBN: 978-3-86581-734-1 | PREIS: EUR 23,60



# Die Kraft der Gemeinschaft.

Raiffeisen  
Meine Bank



Was dem Einzelnen nicht möglich ist, das vermögen viele.

Was bei Raiffeisen ganz am Anfang stand, steht auch heute wieder ganz oben: Solidarität. Füreinander da sein. Miteinander neue Wege gehen. Denn wer wüsste besser als wir, was eine starke Gemeinschaft leisten kann. Das ist das Erfolgsprinzip, an dem wir auch künftig festhalten werden. [www.raiffeisen.at](http://www.raiffeisen.at)

#### IMPRESSUM & OFFENLEGUNG GEM. § 25 MEDIENGESETZ

HERAUSGEBER & VERLEGER: Ökosoziales Forum Österreich, Herrngasse 13, A-1010 Wien, ZVR-Zahl: 759206393, Telefon: +43 (0) 1/253 63 50-0, Fax: +43 (0) 1/253 63 50-70, [info@oekosozial.at](mailto:info@oekosozial.at), [www.oekosozial.at](http://www.oekosozial.at)

REDAKTION: Michaela Hickersberger (Leitung), Annette Weber, Hans Mayrhofer, Clemens Matzer, Georg Sladek  
LAYOUT & SATZ: trafikant. Handel mit Gestaltung, 1050 Wien | GRAFISCHES KONZEPT: trafikant. Handel mit Gestaltung, 1050 Wien | FOTOS: wenn nicht anders angegeben, Archiv | DRUCK: Alwa & Deil Druckerei GmbH 1140 Wien  
Nachdruck und fotomechanische Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Herausgebers.  
Offenlegung gem. § 25 des Mediengesetzes: MEDIENINHABER: Ökosoziales Forum Europa, Herrngasse 13, A-1010 Wien, ZVR-Zahl: 759206393 | VEREINSZWECK: Das Ökosoziale Forum Österreich dient der Weiterentwicklung, Vertiefung und Verbreitung des ökosozialen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells, das auf den europäischen Werten im Sinne der Charta der Grundrechte der Europäischen Union beruht und in dem Marktwirtschaft, sozialer Zusammenhalt und Ökologie gleichrangig miteinander verbunden sind und nachhaltig betrieben werden.  
GESCHÄFTSFÜHRUNG: Hans Mayrhofer | MITGLIEDER DES VORSTANDES: Stephan Pernkopf, Franz Fischler, Josef Riegler, Erwin Hameseder, Elisabeth Köstinger, Monika Langthaler-Rosenberg, Felix Montecuccoli, Hermann Schultes, Daniela Andratsch, Jakob Auer, Christoph Badelt, Helmut Eiselsberg, Martin H. Gerzabek, Sonja Hammerschmid, Harald Mahrer, Christian Mandl, Reinhard Mang, Johann Marthart, Gottfried Mayer, Siegfried Nagl, Michael Oliver, Hanns Pichler, Rupert Quehenberger, Walter Rothensteiner, Hans Sailer, Johannes Schmuckenschlager, Friedrich Schneider, Gabriela Tröstl, Walfried Wutscher | GRUNDLEGENDE RICHTUNG: denk.stoff liefert Denkanstöße zu Fragen der Nachhaltigkeit und berichtet über aktuelle Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Jede Ausgabe setzt sich aus Analysen, Interviews und Buchtipps zusammen. Veröffentlichte Texte und Bilder gehen in das Eigentum des Verlages über, es kann daraus kein wie immer gearteter Anspruch, ausgenommen allfällige Honorare, abgeleitet werden. | Die Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz ist auch unter [www.oekosozial.at/offenlegung](http://www.oekosozial.at/offenlegung) abrufbar.



Dieses Papier stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen. [www.pefc.at](http://www.pefc.at)